

Die sozioökonomische Entwicklung in Kasachstan: eine Gefahr für den jungen Nationalstaat?

Gumpfenberg, Marie-Carin von

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gumpfenberg, M.-C. v. (2000). *Die sozioökonomische Entwicklung in Kasachstan: eine Gefahr für den jungen Nationalstaat?* (Berichte / BIOst, 26-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41661>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Sozioökonomische Entwicklung.....	5
Produktionsrückgang und wirtschaftlicher Strukturwandel	6
Sinkender Lebensstandard.....	7
Einkommensdifferenzen	8
Arbeitslosigkeit: Ein Massenphänomen?.....	11
Einsparungen im Gesundheitswesen	13
Umstrukturierung des Bildungswesen	14
Sozioökonomische Faktoren als Konfliktursachen?	18
Sezessionistische Bestrebungen.....	18
Soziale Proteste in Kleinstädten.....	20
Spannungen auf dem Land.....	23
Formen der Selbstorganisation.....	25
Konfliktpotentiale	26
Summary	29

12. September 2000

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Die Verfasserin ist Mitarbeiterin der OSZE in Bischkek, Kirgistan.

Redaktion: Brigitta Godel und Roland Götz

Marie-Carin von Gumpfenberg

Die sozioökonomische Entwicklung in Kasachstan

Eine Gefahr für den jungen Nationalstaat?

Bericht des BIOst Nr. 26/2000

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der Blickwinkel, unter dem Anfang der neunziger Jahre die innenpolitischen Probleme in Kasachstan thematisiert und charakterisiert wurden, war wesentlich vom "russischen Problem" bestimmt. Die ethnische und kulturelle Heterogenität in Kasachstan verführte dazu, die post-sowjetische Realität zu simplifizieren. Konfliktlinien, -inhalte und -verläufe wurden oftmals eindimensional und monokausal dargestellt. "Ethnische Barrieren" galten als *das* dominante Konfliktmuster bei Auseinandersetzungen um Staatssprache, Staatsbürgerschaft und Staatsgrenzen. Die kulturelle und personelle "Kasachisierung" erschien als maßgebliche Ursache für ethnonationalistische Verlautbarungen und interethnische Zusammenstöße. Wesentliche Faktoren wie der wirtschaftliche Wandel und die soziale Lage der Bevölkerung wurden häufig nicht beachtet.

Die vorliegende Analyse soll einen differenzierteren Blick auf die ethnopolitische Situation in Kasachstan zu eröffnen. Im Mittelpunkt stehen die gravierenden sozioökonomischen Veränderungen, mit denen die Bevölkerung seit der Unabhängigkeit konfrontiert ist. Wie in anderen zentralasiatischen Staaten befindet sich das kasachstanische Bildungs- und Gesundheitswesen in einer Krise. Soziale Transferleistungen sowie Löhne, Gehälter und Renten werden kaum bzw. nur noch sporadisch ausgezahlt. Die regionalen und sektoralen Einkommensdifferenzen nehmen zu. Arbeitslosigkeit ist ein Massenphänomen. Die Fähigkeit des kasachstanischen Staates, alle Bevölkerungsschichten zu integrieren, schwindet. Er ist nicht mehr in der Lage, Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung nach Wohlstand und Wachstum zu erfüllen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen soll in der vorliegenden Arbeit diskutiert werden, welche Formen des sozialen Protests die Kasachstaner gegen die bestehenden Verhältnisse entwickelt haben. Herrscht allgemeine Apathie vor, oder nehmen ethnonationalistische Bestrebungen überhand? Wendet sich der Protest gegen andere Ethnien oder gegen den Staat? Die Antworten zu diesen Fragen eröffnen Perspektiven für die Bestandsfähigkeit des kasachstanischen Nationalstaates. Eine endgültige Beurteilung der innenpolitischen Situation kann und soll jedoch nicht geleistet werden. Es gilt lediglich, Tendenzen herauszuarbeiten, die die innenpolitische Stabilität des Landes in Frage stellen könnten. Folgende Konfliktszenarien sind vorstellbar.

Ergebnisse

1. Innerhalb von Gebieten – wie den Oblasti Südkasachstan und Žambyl – bestehen gravierende sozioökonomische Differenzen zwischen ethnischen und sozialen Gruppierungen. Ressentiments gegenüber den Bessergestellten wachsen. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich. Die existierenden Ressentiments schlagen in ethnonationalistische, sozial begründete Proteste um. Privilegierte Bevölkerungsgruppen, meist ethnische Minderheiten, werden für die Krise verantwortlich gemacht. Tätliche Angriffe und Übergriffe erfolgen.
2. Zwischen einzelnen Gebieten wie dem erdöl- und erdgasreichen Atyrau und dem landwirtschaftlich dominierten Ostkasachstan bestehen schwerwiegende ökonomische Diskrepanzen. Ein Konkurrenzkampf um die interregionale Ressourcenverteilung beginnt. Schlechter gestellte Regionen streben nach umfassender finanzieller und materieller Unterstützung. Besser gestellte Regionen versuchen ihre privilegierte Stellung auszubauen und entwickeln Autonomie- bzw. Sezessionsbestrebungen. Zentrifugale und separatistische Tendenzen treten auf.
3. Landesweit ist die sozioökonomische Situation schlecht. Der Konkurrenzkampf um Ressourcen und Positionen, um Macht und Einfluß nimmt zu. Ethnische Minderheiten und sozial Schwache (Rentner/-innen, Kinder, alleinerziehende Mütter) sind aus gesellschaftlich wichtigen Bereichen ausgeschlossen. Die diskriminierten Bevölkerungsschichten reagieren mit sporadischen sozialen Protesten und Massendemonstrationen. Vereinzelt bilden sich paramilitärische Gruppierungen, die gewaltsam eine Veränderung der derzeitigen Situation anstreben.

Sozioökonomische Entwicklung

Anfang der neunziger Jahre meinten viele politische Analytiker, daß die Hypotheken sowjetischer Nationalitäten- und Entwicklungspolitik eine große Herausforderung für die kasachstanische Staats- und Nationsbildung darstellten. In Kasachstan lebten über 100 Ethnien und ethnische Gruppen.¹ Die Kasachen stellten 1990 lediglich 40,3% der Bevölkerung. Der Anteil der Russen lag bei 37,8%. Ernsthaftige Spannungen zwischen beiden dominanten Bevölkerungsteilen wurden befürchtet.

Jedoch zeigte sich schon bald, daß weniger die Rivalitäten zwischen der christlich-europäischen und muslimisch-asiatischen Bevölkerung als vielmehr die sozioökonomischen Entwicklungen die gesellschaftliche Stabilität belasteten. Kasachstans Wirtschaft erfuhr in den neunziger Jahren einen deutlichen Niedergang. Der Lebensstandard der Bevölkerung sank dramatisch. Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Das staatliche Sozialsystem brach zusammen. Eine Polarisierung der Bevölkerung in Reich und Arm vollzog sich.

Kasachstanische Experten beobachteten diese Entwicklung mit kritischen Augen. Akmaral Akbaeva meinte, Kasachstan sei vom "Experimentierfeld" für das Zusammenleben mannigfaltiger Ethnien, heterogener Kulturen und unterschiedlicher Religionen zum "gigantischen Polygon zur Durchführung eines beispiellosen sozialen Experiments"² geworden. Der Ausgang dieses "Experiments" sei noch ungewiß. Gul'nara Achmetžanova und Nurylbek Sadykov³ sprachen von einer schweren Identitätskrise, die das Land erschüttere. Der soziale Faktor stehe im Epizentrum aller gesellschaftlichen Konflikte. Er verhindere die Herausbildung eines nationalen Bewußtseins und fördere ethnonationalistische Bezüge. Der kasachstanische Nationalstaat sei in seinem Bestand gefährdet.

Tatsache ist, daß die gesellschaftliche Stabilität in Kasachstan von der ökonomischen Gesamtsituation und der sozialen Wohlfahrt der Staatsbürger abhängig ist. Nehmen die Tendenzen des wirtschaftlichen Zerfalls zu und hält der Rückzug des Staates aus sozialpolitischen Bereichen an, so können soziale Spannungen entstehen, deren Auswirkungen unabsehbar sind. Latent vorhandene Konflikte, seien sie zwischen ethnischen Gruppierungen oder sozialen Schichtungen, könnten in gewaltsamen Auseinandersetzungen eskalieren. Ob dieses Szenario für Kasachstan zutreffend ist, soll in der vorliegenden Arbeit angesprochen werden. Zunächst werden jedoch die sozioökonomischen Entwicklungen skizziert, die das zentralasiatische Land in den letzten zehn Jahren erlebt hat. Analysiert werden insbesondere der Arbeits- sowie der Gesundheits- und Bildungssektor. Daran anschließend wird die Frage diskutiert, inwiefern die massiven sozioökonomischen Veränderungen die gesellschaftspolitische Stabilität des Landes beeinflussen. Hierfür werden zwei Konflikte

¹ Im Text wird wissenschaftlich transkribiert mit Ausnahme der Ländernamen der GUS.

² Akbaeva, A., Suščnost' novogo myšlenija v nacional'noj politike Respubliki Kazachstan, in: Evrazijskoe soobščestvo 4/1997, S. 11.

³ Achmetžanova, G./Sadykov, N., Krizis identičnosti v Kazachstane: udastsja li izbežat' konflikta?, in: Evrazijskoe soobščestvo 2/1998, S. 27-37.

untersucht, die Kasachstan in den neunziger Jahren erschüttert haben. Darüber hinaus werden die Formen der Selbstorganisation analysiert, die die Kasachstaner entwickelt haben, um mit den bestehenden sozioökonomischen Problemen fertig zu werden.

Produktionsrückgang und wirtschaftlicher Strukturwandel

Die heutige soziale Situation in Kasachstan ist wesentlich durch die gravierenden wirtschaftlichen Veränderungen bestimmt. Kasachstan galt bis Anfang der 1940er Jahre als ein traditionell agrarisch geprägtes Land. Erst mit der Evakuierung zahlreicher Großbetriebe während des Zweiten Weltkrieges setzte die industrielle Revolution ein. Ende der achtziger hatte Kasachstan im Vergleich zu seinen zentralasiatischen Nachbarrepubliken den höchsten Industrialisierungsgrad. Der Produktionsschwerpunkt lag einseitig auf der Förderung und Primärverarbeitung der zahlreichen Rohstoffe (Kohle, Bunt- und Eisenmetalle, Erdöl und Erdgas). Gut zwei Drittel des gesamten Industrievolumens der Unionsrepublik erbrachten die Bereiche Metallurgie, Maschinenbau, Brennstoff- und Energieverarbeitung.

Seit der Unabhängigkeit hat der Industriesektor drastische Produktionseinbrüche von über 50% erfahren und einen erheblichen Strukturwandel hinnehmen müssen. Zwar hat die Industrie ihre bedeutende Position unter den Wirtschaftsbereichen leicht verbessern können. Während 1990 der Anteil der Industrieproduktion am realen Bruttoinlandsprodukt 20,5% betrug, hat er sich 1999 auf 25,6% erhöht.⁴ Jedoch haben sich innerhalb der Industrie deutliche sektorale Verschiebungen ergeben. Die Bereiche Maschinenbau, Chemie und Leichtindustrie gehören zu den Verlierern des Strukturwandels, die Bereiche Metallurgie, Brennstoff und Energie hingegen zu den Gewinnern. Insgesamt hat sich zwischen 1988 und 1998 der Anteil der in der Industrie beschäftigten Personen von 22,2% auf 17,8% reduziert.⁵

Nicht nur in der Industrie vollzog sich ein beträchtlicher Strukturwandel, auch die Landwirtschaft erlebte in den neunziger Jahren dramatische Einbrüche.⁶ Zwischen 1990 und 1999 sank der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Bruttoinlandsprodukt von 34,0% auf 9,9%. Verantwortlich hierfür sind im wesentlichen Veränderungen im Preisgefüge. Die Preise für Energieträger und Rohstoffe wurden auf Weltmarktniveau angehoben und die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf Weltmarktniveau abgesenkt. Darüber hinaus ist die landwirtschaftliche Produktion deutlich zurückgegangen.

Zunehmende Degradierung natürlicher Weideflächen, schlechte Versorgung mit Futtermitteln, mangelhafte Tierzucht- und Hygienebedingungen haben zu einem Rückgang des Nutzviehbestandes geführt, der durchaus mit den Jahren der Kollektivierung vergleichbar ist. Zwischen 1990 und 1998 sank der Bestand der Rinder um 55%, der Schafe und Ziegen

⁴ Huber, G. u.a.: Kasachstan – Wirtschaft und Reformen 1998 – unter besonderer Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen, München 1998, S. 12f.

⁵ Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Kazachstan i strany SNG No. 1, Almaty 1999, S. 37.

⁶ Ufer, H. u.a., Kasachstan 1997 – Konsolidierung noch auf schmalen Basis. Regionale Strukturbildungsprozesse, München u.a. 1998, S. 12ff.

um 69,7%, der Schweine um 69,9%, des Geflügels um 67,8% sowie der Pferde um 32,7%.⁷ Im gleichen Zeitraum fielen die pflanzlichen Produktionsergebnisse um 77,5%. Parallel zum Rückgang der pflanzlichen Produktionsergebnisse haben sich die Anbauflächen zwischen 1990 und 1998 um 47,2% reduziert.

Eine grundlegende Reform des Agrarsektors hat bisher nicht stattgefunden. Seit der Unabhängigkeit wurden weder marktwirtschaftliche Produktions- und Realisierungsbedingungen eingeführt noch konkurrenzfähige Agrarbetriebe geschaffen. Zwar wurden alle Kolchosen und Sowchosen formell in Aktiengesellschaften oder Genossenschaften neuen Typs umgewandelt. Ihre Produktionsstrukturen wurden jedoch nicht rationalisiert. Im Gegenteil, die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen stieg zwischen 1988 und 1998 von 18,7% auf 24,2% an.⁸

Sinkender Lebensstandard

Die schwierige wirtschaftliche Situation hat zu einem Absinken des Lebensstandards geführt. Diese Entwicklung ist aus der Veränderung des Einkommens pro Kopf ersichtlich. Seit Mitte der achtziger Jahre sank das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, gemessen nach Kaufkraftparitäten in US-\$, stetig. 1985 lag es noch bei 4.697 US-\$, 1991 nur mehr bei 4.081 US-\$ und 1998 schließlich bei 2.713 US-\$.

Weniger eindeutig als die Zahlen ist jedoch das Fazit, das aus dem nominalen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf zu ziehen ist. Bemessungsgrundlage sind nämlich nur marktwirtschaftlich fixierbare, definitiv berechenbare Güter und Dienstleistungen, keineswegs aber alle Einkommen aus der Subsistenz- und Schattenwirtschaft. Ein großer Teil funktionstüchtiger, keineswegs aber wettbewerbsfähiger und produktiver Überlebensökonomie wird nicht berücksichtigt. Darüber hinaus lassen sich weder die realen Ursachen für das Absinken des Pro-Kopf-Einkommens erkennen, noch sind regionale und sektorale Differenzen einsichtig.

Bei weitem mehr Aussagekraft über Armut bzw. Wohlfahrt in einem Staat besitzt der Human Development Index (HDI). Als Maßstab dienen "wesentliche Elemente des Lebens"⁹. Hierzu zählen Lebenserwartung bei Geburt, die Alphabetisierungsrate der erwachsenen Bevölkerung sowie der Anteil der Schüler und Studenten in der Altersgruppe von sechs bis 24 Jahren und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nach Kaufkraftparität. Der HDI gibt Auskunft über die Qualität und Quantität der Gesundheitsfürsorge, die Verfügbarkeit der allgemeinen Bildung, die Kontrollierbarkeit strategisch-technologischen Wissens sowie die ökonomische Produktivität und Leistungskraft.

In Kasachstan weist die "menschliche Entwicklung" negative Tendenzen auf. So ist der HDI zwischen 1991 und 1995 von 0,787 auf 0,664 gesunken und bis 1997 nur unwesentlich auf

⁷ Ufer, Kasachstan 1997, a.a.O., S. 17; Huber: Kasachstan – Wirtschaft und Reformen 1998, a.a.O., S. 38.

⁸ Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Kazachstan i strany SNG No. 1, a.a.O., S. 37.

⁹ Nohlen, D./Nuscheler, F., Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn 1993, S. 92.

0,672 gestiegen. Im Vergleich zu anderen ehemaligen sowjetischen Republiken liegt Kasachstan weit hinter den baltischen Staaten, Weißrußland, Rußland und Armenien, allerdings noch vor der Ukraine und Moldova, Georgien und Aserbaidschan sowie seinen zentralasiatischen Nachbarn. Im internationalen Vergleich rangierte Kasachstan 1997 nur noch auf Platz 93. 1993 hatte es noch Platz 54 eingenommen.¹⁰

Damit ist eine erste Aussage über die sozioökonomische Entwicklung in Kasachstan getroffen, jedoch noch keine realistische und detaillierte Auskunft über Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit gegeben. Denn der Wirtschaftsindikator reflektiert Wachstumstendenzen, die nicht unbedingt Entwicklungsschübe markieren. Darüber hinaus erfassen die Sozialindikatoren "Gesundheit" und "Bildung" nach Ansicht von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler lediglich relativ billige Entwicklungsfortschritte, "die darüber hinwegtäuschen können, daß auch Arme länger leben und Millionen von Schulabsolventen sich nicht entfalten können, weil sie keine Arbeit finden".¹¹ Aus diesem Grunde soll im folgenden ein differenziertes Bild der sozialen Entwicklung in Kasachstan gezeichnet werden.

Einkommensdifferenzen

Die Einkommensentwicklung der letzten Jahre in Kasachstan einzuschätzen, ist insofern schwierig, da die errechneten Warenkörbe stark vom tatsächlichen Verbrauch abweichen. Als gesichert gilt, daß die Bevölkerung seit 1991 reale Einkommensverluste von über 50% hat hinnehmen müssen. Ursächlich hierfür sind nicht nur die Kürzung diverser Sozial- und Transferleistungen sowie der mangelnde Inflationsausgleich durch Einkommenssteigerungen, sondern auch die oft monate- und jahrelangen Verzögerungen bei der Auszahlung von Löhnen, Gehältern und Renten.

Berechnungsgrundlage für das individuelle Einkommen bilden die Nettoeinkünfte aus selbständiger und unselbständiger Arbeit, die Sozial- und Privatversicherungstransfers sowie die Einkommen aus Selbsterzeugung. 1998 betrug das Einkommen aus Arbeit im landesweiten Durchschnitt lediglich 73% der gesamten Einkünfte pro Kopf. 12% (1994: 8%) waren soziale Transferleistungen, Renten und andere Beihilfen, 7% private Verkaufserlöse und 8% (1994: 11%) andere Einkünfte. Während in der Stadt über 78% der Gesamteinkünfte aus Arbeit bezogen wurden, waren es auf dem Land lediglich 59%. Verkaufserlöse machten auf dem Land 19% des Einkommen aus, in der Stadt lediglich 2%.¹²

Diese Zahlen zeigen, daß insbesondere die Landbevölkerung auf Einkommensquellen jenseits des Gehalts und der Renten angewiesen ist. Ferner geben sie Aufschluß darüber, daß auch die Stadtbevölkerung gezwungen ist, ihre eigene Grundversorgung durch subsistenzwirtschaftliche Strukturen sicherzustellen. Eine im Herbst 1997 durchgeführte

¹⁰ UNDP: Republik of Kazakhstan. Human Development Report 1997, a.a.O., S. 7.

¹¹ Nohlen/Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, a.a.O., S. 93.

¹² Huber, Kasachstan – Wirtschaft und Reformen 1998, a.a.O., S. 58.

Umfrage¹³ bestätigt diese Einschätzungen. So gaben 59% der Kasachstaner an, Geld von Freunden oder Verwandten zu borgen, und über ein Viertel, persönliche Dinge zu verkaufen, um das eigene Überleben zu sichern. Gut die Hälfte der Stadt- wie der Landbevölkerung baute über die Hälfte ihrer Lebensmittel im eigenen Garten an. Lediglich ein Viertel der Befragten war nicht auf die Erzeugnisse ihrer Datschen angewiesen.

Generell haben die Geldeinkünfte ein äußerst niedriges Niveau und weisen ein hohes sektorales und regionales Gefälle auf. Anfang 1999 verfügten 69% (1991: 57%) der Bevölkerung über ein monatliches Einkommen unter dem für Kasachstan fixierten Existenzminimum von 3.000 Tenge (ca. 36 US-\$). Auf dem Land betraf dies 89,9%, in der Stadt hingegen nur 57,6% der Kasachstaner. Ein Einkommen bis zu 6.000 Tenge (ca. 72 US-\$) hatten lediglich 23,3%. In der Stadt zählten zu dieser Einkommenskategorie über 31,4%, auf dem Land nur 8,3%.¹⁴

Bedingt sind diese Diskrepanzen durch gravierende sektorale und regionale Unterschiede beim Arbeitseinkommen. So verdiente ein Kasachstaner Ende 1998 in der Landwirtschaft durchschnittlich 3.451 Tenge, im Gesundheitswesen 6.302 Tenge, im Bildungswesen 7.155 Tenge. Hingegen betrugen die durchschnittlichen Löhne im Finanzwesen 27.979 Tenge, im Bergbau 20.075 Tenge und in der Industrie 14.147 Tenge. 1998 lag der Monatslohn im erdöl- und erdgasreichen Gebiet Mangystau im Durchschnitt bei etwa 17.245 Tenge, im agrarisch dominierten Gebiet Almaty hingegen nur bei ca. 6.260 Tenge.¹⁵

Einen guten Überblick über die Einkommensverteilung in Kasachstan gibt Tabelle 1. Die Haushalte sind hier in Quintilen angeordnet, also in Gruppen von jeweils einem Fünftel der Gesamtbevölkerung. 1998 erhielt die unterste Gruppe der Einkommensbezieher (I) lediglich 5,8% aller Geldeinkünfte; die oberste Gruppe (V) hingegen mehr als das Sechsfache, nämlich 42,2%. Die obersten 40% vereinten insgesamt zwei Drittel der gesamten Geldeinkünfte auf sich, die unteren 40% hingegen lediglich 16,6%. Letztere stellen in Kasachstan die Armutsgruppe dar. Im Vergleich zu 1989 haben sich die vorhandenen sozialen Unterschiede vertieft. Nun steht in Kasachstan eine verarmte Bevölkerungsmehrheit einer schmalen Mittel- und einer noch schmaleren Oberschicht gegenüber. Erstere erhält zunehmend weniger, letztere immer mehr von dem gesamten Geldeinkommen.

Tabelle 1: Anteil der Einkommen pro Fünftel der Bevölkerung 1989-1999 (in %)

	I	II	III	IV	V
1989	9,6	13,7	18,2	24,0	34,5
1993	5,7	11,0	16,2	25,7	41,4
1997	6,5	10,8	16,4	24,5	41,8

¹³ Suffering without Protest in Kazakhstan, in: Central Asia Monitor 3/1998, S. 27-29.

¹⁴ Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Social'no-ekonomičeskoe položenie Respubliki Kazachstan za janvar'-maj 1999 goda, Almaty 1999, S. 59.

¹⁵ Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Kazachstan i ego regiony, Almaty 1999, S. 44.

1998	5,8	10,8	16,7	24,5	42,2
1. Quartal 1999	5,1	9,8	16,1	24,7	44,3
Rußland 1999	6,1	9,4	13,1	18,2	53,2

Quellen: Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike; UNDP.

Die Einkommensarmut hat mehrere Ursachen. Die versteckte Arbeitslosigkeit ist relativ hoch. Gleichzeitig sind die Arbeitseinkommen insbesondere der "bjudžetniki", also der Staatsangestellten, relativ niedrig. Besonders betroffen von der Einkommensarmut ist die über 7 Mio. zählende Landbevölkerung, von der mehr als zwei Drittel über monatliche Geldeinkünfte von weniger als 2.000 Tenge verfügen. Betroffen ist aber auch der überwiegende Teil der ca. 1,7 Mio. Rentner, Invaliden und chronisch Kranken, deren Sozialleistungen zwar durchschnittlich über dem von der Regierung fixierten Lohnminimum liegen, aber weder jährlich der Inflationsentwicklung angepaßt noch regelmäßig auszahlt werden. Außerdem sind Familien tangiert, von denen Anfang 1999 61% der Familien mit einem Kind, 76% mit zwei Kindern und 91% mit drei und mehr Kindern mit einem Geldeinkommen pro Kopf von weniger als 3.000 Tenge auskommen mußten.¹⁶

Nach Angaben von UNDP¹⁷ impliziert Wohlstand die Möglichkeit, Kapital zu akkumulieren; Armut hingegen die Notwendigkeit, einen Großteil des Einkommens zur Erhaltung der eigenen Existenz zu verwenden. Armut wird offensichtlich, wenn mehr als 50% des Einkommens für Ernährung ausgegeben werden. Armut wird extrem, wenn mehr als 70% des Einkommens für Nahrungsmittel aufgewandt werden und trotzdem häufig Hunger herrscht.

Daß der Großteil der kasachstanischen Bevölkerung noch deutlich über den oben angegebenen Armutsgrenzen lebt, zeigt die Tatsache, daß für Nahrungsmittel 1998 pro Kopf durchschnittlich 44% (1990: 30%) der Gesamteinkünfte verwendet wurden. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß drastische regionale Unterschiede existieren. Die Landbevölkerung in den Gebieten Žambyl, Südkasachstan, Atyrau und Mangistau sowie die Stadtbevölkerung in den Gebieten Kyzylorda und Ostkasachstan gibt über 60% des Einkommens für Lebensmittel aus.¹⁸ Die merkliche Erhöhung der Lebensmittelausgaben gegenüber dem Jahr 1990 resultierte anfänglich aus dem Wegfall der Subventionen für Grundnahrungsmittel, später aus den temporär auftretenden inflationären Tendenzen.

In Kasachstan ist ein Großteil der Bevölkerung von Einkommensarmut, jedoch keineswegs von extremer Einkommensarmut betroffen. Viele müssen einen Großteil ihres Einkommens, allerdings nicht das gesamte Einkommen, für Nahrungsmittel ausgeben. Aus diesem Grunde besteht in der zentralasiatischen Republik eine große Nachfrage nach primären Grundgütern, die arbeitsintensiv zu produzieren sind, jedoch kaum nach Konsumgütern. Die Geldeinkünfte decken bei weitem nicht immer die finanziellen Aufwendungen. Alternative Quellen der

¹⁶ Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Social'no-ekonomičeskoe položenie Respubliki Kazachstan za janvar'-maj 1999 goda, a.a.O., S. 59.

¹⁷ UNDP, Otčet o čelovečeskom razvitii – Kazachstan 1998, Almaty 1999, S. 27.

¹⁸ UNDP, Kazachstan. Otčet po čelovečeskomu razvitiju 1996, Almaty 1996, S. 60ff.

Existenzsicherung (Subsistenz-, Schattenwirtschaft etc.) sind notwendig. Spar- und Investitionstätigkeit ist weder möglich noch angesichts der ungewissen Inflationsentwicklung sinnvoll.

Arbeitslosigkeit: Ein Massenphänomen?

In Kasachstan haben weniger demographische als ökonomische Gründe zu gravierenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Zwischen 1991 und 1995 verringerte sich die Zahl der in der Wirtschaft Beschäftigten von 7,7 Mio. auf 6,5 Mio. Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen. Überwiegend slawische Arbeitskräfte sind aus Kasachstan emigriert. Viele Frauen haben sich aus dem Berufsleben zurückgezogen. Die Subsistenz- und Schattenwirtschaft hat zugenommen. Seit 1995 hat sich die Zahl der Beschäftigten nur noch geringfügig (1999: 6,1 Mio. Beschäftigte) reduziert. Hauptarbeitgeber ist nun nicht mehr der Staat, sondern der Privatsektor (Joint ventures, Aktiengesellschaften, kleine und mittelständische Firmen). Der Rückzug des Staates vom Arbeitsmarkt ist Folge der Teilprivatisierung von Staatsbetrieben, des massiven Stellenabbaus innerhalb des Verwaltungs- und Regierungsapparates sowie der drastischen Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich. 1998 waren daher nur mehr 1,4 Mio. Personen bzw. 23% (1994: 3,7 Mio. bzw. 57%) im Staatssektor, hingegen 70% in der freien Wirtschaft beschäftigt.¹⁹

Seit der Unabhängigkeit hat sich die Beschäftigungsstruktur deutlich verschoben. Einen deutlichen Rückgang bei den Beschäftigtenzahlen verzeichneten zwischen 1991 und 1998 die Bereiche Bauwesen (-66%), Industrie (-39,9%), Gesundheitswesen (-23,4%), Verwaltung und Regierung (-16,9%), Landwirtschaft (-11,4%) und Transportwesen (-7,8%). Um 250% hingegen gestiegen ist die Zahl der Arbeitskräfte im Dienstleistungssektor. Weiterhin ein wichtiger Arbeitgeber ist der Agrarsektor. Dort arbeiten 24,2% der Erwerbstätigen. Der Dienstleistungs- (21,3%) und Industriesektor (14,2%) absorbieren deutlich weniger Arbeitskräfte.²⁰ Ein beträchtlicher Teil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung (über 1 Mio.) ist, so wird geschätzt, in Kleinstbetrieben oder mit Subsistenzwirtschaft beschäftigt und somit in Bereichen tätig, die keineswegs als volkswirtschaftlich produktive Sektoren gelten.

Inwieweit der Rückgang der Beschäftigungszahlen zu höherer Arbeitslosigkeit geführt hat, läßt sich anhand der offiziellen Daten kaum beurteilen. Es ist aber anzunehmen, daß der kasachstanische Arbeitsmarkt durch die Abwanderung von Arbeitskräften kaum entlastet worden ist. Es ist ebenso anzunehmen, daß die in der Statistik nicht erfaßten Kleinbetriebe sowie der informelle Sektor²¹ die freigesetzten Arbeitskräfte der Großunternehmen in nur

¹⁹ Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Statističeskoe obozrenie Kazachstan No. 1, Almaty 1999, S. 56.

²⁰ Nacional'noe statističeskoe agentstvo Respubliki Kazachstan: Social'nye tendencii razvitija Kazachstana, Almaty 1998, S. 17f.

²¹ Merkmale des informellen Sektors sind arbeitsintensive Produktion, einfache Technologie, mangelnde Qualifikation der Arbeitskräfte, schlechte Bezahlung, geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad, fehlende Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie Umgehung von Arbeitsschutzbestimmungen. In Kasachstan zählen hierzu wesentlich die Bereiche Subsistenz- und Schattenwirtschaft.

geringem Umfang aufgefangen haben. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt seit 1996 konstant um die 4%. Unter Berücksichtigung der versteckten Arbeitslosigkeit sind jedoch 17% der Erwerbsbevölkerung ohne Anstellung.²²

Die Differenz zwischen offizieller und inoffizieller Arbeitslosenquote hat mehrere Gründe. Viele Unternehmen vermeiden nach wie vor Entlassungen und schicken ihre Beschäftigten in meist unbezahlten Zwangsurlaub oder ordnen Kurzarbeit an. Darüber hinaus scheuen sich viele de facto Beschäftigungslose, sich arbeitslos zu melden. Die meisten befürchten einen persönlichen Prestigeverlust. Viele meinen keinen Anspruch auf das ohnehin niedrige Arbeitslosengeld zu besitzen. Wenige vertrauen der Institution des Arbeitsamtes als Arbeitsvermittlungsstelle. Hingegen setzen viele Kasachstaner auf informelle Strukturen und soziale Netzwerke. Persönliche Beziehungen gelten als Garantie für einen Arbeitsplatz.

Der Prozeß der Freisetzung von Arbeitskräften ist in Kasachstan noch nicht abgeschlossen. Zwischen 1991 und 1997 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 29,3% gesunken, die Zahl der in der Wirtschaft Beschäftigten jedoch lediglich um 16,8% zurückgegangen. 1998 wurden immer noch über 50% der großen und mittleren Unternehmen, die sich überwiegend in staatlicher Hand befinden, als unrentabel eingestuft. In dem wegen seines Erdöl- und Erdgasreichtums florierenden Gebiet Atyrau waren es nur 17,9%, in den landwirtschaftlich dominierten Gebieten Akmola und Kostanaj hingen über 70% der Betriebe.²³ Eine regional differierende, negative Arbeitsmarktentwicklung ist daher in den nächsten Jahren zu erwarten.

Von Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit sind in Kasachstan vorwiegend Frauen und Jugendliche betroffen. Zwar ist der Anteil der Frauen an der arbeitenden Bevölkerung zwischen 1991 und 1998 nur unwesentlich von 48,9% auf 45,6% gesunken. Ihr Anteil bei den offiziell registrierten Arbeitslosen ist jedoch unvermindert hoch. Zwei Drittel aller Personen ohne Beschäftigung sind Frauen. Eine überproportional hohe Arbeitslosenquote findet sich auch bei den Jugendlichen im Alter von 16 bis 29 Jahren. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 25%. Ihr Anteil an den als beschäftigungslos gemeldeten Personen liegt jedoch bei 35%. Ländlichen Gebieten entstammen über 40% aller Arbeitslosen, davon sind ca. 40% Jugendliche und ca. 60% Frauen. Die Folgen dieser Entwicklung sind unübersehbar: Gerade unter Jugendlichen, die oft schlecht ausgebildet sind und meist auf dem Land leben, führt die Arbeitslosigkeit zu Frustration und Perspektivlosigkeit sowie zu Gewalt und Kriminalität. 1998 waren 5% aller Straftäter im Alter zwischen 14 und 17 Jahren und 50% im Alter zwischen 18 und 29 Jahren.²⁴

²² UNDP, Republic of Kazakhstan. Human Development Report 1997, a.a.O., S. 35.

²³ Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Kazachstan i ego regiony, a.a.O., S. 36f.

²⁴ Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Kratkij statističeskij ežegodnik Kazachstana 1998, Almaty 1999, S. 42.

Einsparungen im Gesundheitswesen

Zu Sowjetzeiten wurden trotz aller Kritik beachtliche Erfolge beim Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur erzielt. Flächendeckende medizinische Versorgung und garantierte soziale Ver- und Absicherung hatten den Gesundheits- und Lebensstandard der Kasachstaner im Vergleich zum Nachkriegsniveau deutlich erhöht. Viele dieser "Errungenschaften" des sowjetischen Sozialsystems wurden in den ersten beiden Jahren der Unabhängigkeit beibehalten. Zwischen 1993 und 1995 nahm die Regierung jedoch drastische Kürzungen im staatlichen Budget vor. Dies führte zu grundlegenden Veränderungen im Gesundheitswesen. Subventionen wurden abgebaut, Leistungs- und Vorsorgeansprüche entzogen, Benutzergebühren für den sozialen Dienstleistungssektor erhoben. Erklärtes Ziel kasachstanischer Regierungspolitik war es, durch den kurzfristigen Verzicht auf sozialpolitische Sicherungen zu einer raschen wirtschaftlichen Erholung zu gelangen.

Eine Stabilisierung der kasachstanischen Volkswirtschaft blieb aber aus. Das staatliche Sozialsystem kollabierte. In den beiden darauffolgenden Jahren suchte die Regierung durch Notstands- und Ad-hoc-Maßnahmen die dringlichsten Sicherungsdefizite zu bewältigen. Sie installierte zeitlich befristete Regelungen, Leistungsansprüche und Sonderarrangements. Parallel dazu bemühte sich die kasachstanische Führung, ein neues Sicherungssystem zu etablieren und zu institutionalisieren. Sie führte eine Zwangsverpflichtung zur Krankenversicherung ein und begann, das Rentensystem von dem Umlage- auf das Kapitaldeckungsverfahren umzustellen.

Diese Maßnahmen konnten jedoch die Aushöhlung des Gesundheitswesens nicht mehr aufhalten. Für viele Kasachstaner wurden Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte zu unbezahlbaren medizinischen Leistungen und Medikamente zu unerschwinglichen Gütern. Infolgedessen sank der Gesundheitszustand der Bevölkerung erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg merklich. Deutlich erkennbar ist diese Tendenz anhand der TBC-Erkrankungen. Zwischen 1990 und 1998 stieg die Zahl der Tuberkulosefälle von knapp 11.000 auf weit über 17.000 an.²⁵ Zu den gefährdeten Bevölkerungsschichten gehören die Kasachen, deren Infektionsrate im Durchschnitt dreimal so hoch ist wie die anderer Ethnien, und die Bewohner auf dem Land, die sich vorwiegend über infizierte Haustiere (Rinder) anstecken. Darüber hinaus erkrankten viele Häftlinge an Tuberkulose, da sie in den Gefängnissen weder genügend Nahrung noch ausreichende medizinische Versorgung erhalten.

Besonders alarmierend ist die Situation in den Hospitälern. Aufgrund staatlicher Sparmaßnahmen sowie fehlender alternativer Finanzierungsmöglichkeiten ist die Zahl der Krankenhäuser und somit auch der Krankenhausbetten deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Auslastung der Betten erhöht. 1992 kamen noch 17 Patienten auf ein Bett, 1997 waren es bereits 23. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß immer weniger Kasachstaner die Hospitäler aufsuchen. Betreut werden die Patienten von einer schwindenden Zahl von Ärzten. 1990 waren in Kasachstan noch 68.900 Ärzte registriert, 1997 nur mehr 54.519.

²⁵ Nacional'noe statističeskoe agentstvo Respubliki Kazachstan: Social'nye tendencii razvitija Kazachstana, a.a.O., S. 42.

Korrespondierend hierzu sank die Ärztedichte von 39,2 Ärzte pro 10.000 Einwohner auf 34,8.²⁶

Besonders dramatisch gestaltet sich die Lage auf dem Land, wo die medizinische Versorgung bereits zu Sowjetzeiten deutliche Mängel aufwies. Schon damals waren die Hospitälern chronisch überfüllt, die hygienischen Zustände mangelhaft und die ärztlichen Fachkräfte wenig qualifiziert. Nun sind viele Dorfkrankenhäuser geschlossen und zahlreiche Ärzte emigriert. Von den über 8.000 Dörfern und Auls sind mehr als 1.500 ohne Ambulanzen.²⁷ Eine ausreichende Grundversorgung der Landbevölkerung ist nicht mehr sichergestellt, da viele Transportverbindungen zu noch bestehenden Ambulanzen und Kliniken unterbrochen und wichtige Medikamente nicht erhältlich sind.

Wesentliche soziale Indikatoren eines niedrigen Standards im Gesundheitswesen sind die Lebenserwartung bei Geburt sowie die Kindersterblichkeitsrate bis zum ersten Lebensjahr. Die Lebenserwartung ist zwischen 1990 und 1995 von 68 auf 64 (bei Männern von 63 auf 58) Jahre gesunken, nach Einsetzen einer leichten wirtschaftlichen Erholung sowie einer verbesserten Sozialpolitik jedoch wieder geringfügig angestiegen. Daß sich allerdings die allgemeine Situation in Kasachstan noch keineswegs stabilisiert hat, zeigt die alarmierend hohe Sterblichkeitsrate bei der arbeitsfähigen Bevölkerung. Über 38% der Kasachstaner erleben ihre Pensionierung nicht mehr. Die Säuglingssterblichkeit ist ebenso wie die Zahl der Geburten deutlich zurückgegangen. 1985 starben noch 30,1 Kinder von 1.000 Lebendgeburten, 1990 nur mehr 26,4 und 1997 schließlich 24,9. Im Vergleich zu seinen zentralasiatischen Nachbarstaaten scheint Kasachstan einen Entwicklungsvorsprung zu haben. Denn in Usbekistan lag 1997 die Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten bei 28,2, in Kirgistan bei 29,1, in Tadschikistan sogar bei 40,6 und in Turkmenistan bei 46,4.²⁸

Umstrukturierung des Bildungswesen

Die Massenalphabetisierung und Bildungspartizipation der Frauen sind wichtige Errungenschaften der sowjetischen Bildungsoffensive, die nun in Kasachstan schrittweise zurückgenommen werden. Laut Volkszählung vom Jahr 1989 betrug der Anteil der Analphabeten an der erwachsenen Bevölkerung 2,5%. Der durchschnittliche Schulbesuch lag bei 9,7 Jahren. Neuere Zahlen sind nicht veröffentlicht. Daher ist der Bildungs- und Ausbildungsstand der Bevölkerung nur zu erschließen. Als gesichert gilt, daß immer mehr Kinder die Schule abbrechen. So besuchten im Schuljahr 1997/98 lediglich 96,2% aller Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren die Grundschule. In den Klassen 5-11 verringerte sich die Zahl nochmals

²⁶ Nacional'noe statističeskoe agentstvo Respubliki Kazachstan: Social'nye tendencii razvitija Kazachstana, a.a.O., S. 43f.

²⁷ Satpaev, D./Spanov, M., Nacional'naja bezopaznost' Respubliki Kazachstan: opyt opredelenija, in: Evrazij-skoe soobščestvo 4/1998, S. 74.

²⁸ UNDP, Otčet o čelovečeskom razvitii. Kazachstan 1998, a.a.O., S. 37.

um 20%. Schätzungen gehen davon aus, daß insgesamt 14% der 6- bis 13jährigen Kinder keine Schulausbildung erhalten.²⁹

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Der Staat hat die Ausgaben für den Bildungssektor zwischen 1989 und 1994 um mehr als die Hälfte gesenkt. Nun erhält dieser Bereich nur noch 4% und nicht mehr 8% des Bruttoinlandsprodukts, wie es in der Sowjetunion üblich war und in entwickelten Ländern der Fall ist. Die Verwaltung und Unterhaltung von Kindergärten und Schulen wurde den Kommunen übergeben, die vielfach finanziell vollständig überfordert waren. Zahlreiche Kindergärten und Schulen insbesondere in den ländlichen Regionen mußten schließen. Für viele Kinder hat sich der Schulweg merklich verlängert. Fehlende Transportverbindungen erschweren den Schulbesuch. Außerdem verfügen gerade viele ärmere Familien nicht über die finanziellen Mittel, ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Es fehlt an Geld für Nahrung und Kleidung sowie für Transportmittel und Schulbücher. Darüber hinaus werden immer mehr ältere Schulkinder – auch hier vor allem auf dem Land – von ihren Eltern zur Mithilfe in Haus, Hof und Garten herangezogen.

Das sowjetische Schulsystem ist in Kasachstan im wesentlichen beibehalten worden. Die Verfassung (Art. 30, Abs. 1) sieht eine unentgeltliche mittlere Bildung vor. Vier Jahre Grundschule und fünf Jahre Mittelschule sind verpflichtend. Daran schließen fakultativ noch zwei bis drei Jahre Oberschule an. Verfassungsanspruch und Verfassungsrealität klaffen jedoch auch hier weit auseinander. Denn Bildung wird in Kasachstan immer mehr zu einem Luxusgut. Seit Mitte der neunziger Jahre sind neue Formen schulischer Ausbildung entstanden, darunter eine Reihe von Gymnasien, Lyzeen und Colleges (ca. 10% aller Schulen), die keineswegs mehr kostenlos sind. Auch der Hochschulbereich ist "optimiert", d.h. umstrukturiert und privatisiert worden (ca. 25% der universitären Institutionen).

Tabelle 2: Entwicklung des Bildungssystems 1985-1999

	1985/86	1990/91	1994/95	1998/99
Kindergarten	985.200	1.067.800	538.400	174.200
Allgemeinbildung	3.089.200	3.225.000	3.111.900	3.117.800
auf Kasachisch	–	1.008.100	1.302.600	–
auf Russisch	–	2.027.200	1.655.500	–
Spezielle Mittelschule	277.600	247.600	214.300	142.600
privat	–	–	19.000	99.000
Universität	273.300	287.400	266.700	365.400
privat	–	–	8.623	94.400

Quelle: Nacional'noe statističeskoe agentstvo Respubliki Kazachstan.

Die neuen Bildungseinrichtungen sind jedoch überwiegend privilegierten Schichten vorbehalten, die mit modernen Schulbüchern von qualifiziertem Lehrpersonal in adäquaten Räumen unterrichtet werden. Der überwiegende Teil der Schüler bzw. Studenten hingegen wird insbe-

²⁹ UNDP, Republic of Kazakhstan. Human Development Report 1997, a.a.O., S. 51.

sondere in kasachischen Bildungseinrichtungen³⁰ von unterbezahlten oder nur sehr unregelmäßig bezahlten Pädagogen, mit veralteten oder gar keinen Büchern in einem Stil ausgebildet, der noch sehr dem sowjetischen Frontalunterricht gleicht. Vielfach werden in viel zu kleinen Klassenzimmern bzw. Seminarräumen täglich zwei bis drei Schichten "abgefertigt", da viele Schul- und Universitätsgebäude baufällig und unbenutzbar sind. Diese Verhältnisse haben jedoch, wie aus Tabelle 2 ersichtlich, keineswegs zu einer massiven Reduktion der Studentenzahlen geführt. Seit Beginn der neunziger Jahre ist der Anteil der Studenten in der Altersgruppe der 19- bis 24jährigen unvermindert hoch (13,5%). Obgleich zwei Drittel der Studenten Kasachen sind, ist nach wie vor die Bildungssprache Russisch (72%).³¹ Grund hierfür ist, daß Geld und Qualifikation fehlt, um kasachische Bücher zu publizieren und kasachische Pädagogen auszubilden.

³⁰ XXI Vek, 8. April 1999.

³¹ UNDP, Otčet o čelovečeskom razvitii. Kazachstan 1998, a.a.O., S. 49.

Tabelle 3: Sozioökonomische Rahmendaten 1990-1998

Gebiet	HDI	Ärzte pro Tausend	Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)	Offizielle Arbeitslosenquote	Durchschnittliches Einkommen (Tenge)
Almaty	1997: 0,607	1998: 2,3 1990: 2,1	1997: 66,6	1998: 1,6%	1998: 6.260
Südkasachstan	1997: 0,610	1998: 2,6 1990: 3,0	1997: 66,1	1998: 3,0%	1998: 6.092
Žambyl	1997: 0,615	1998: 2,7 1990: 3,1	1997: 64,8	1998: 4,6%	1998: 7.043
Westen					
Aktjubinsk	1997: 0,637	1998: 3,8 1990: 4,9	1997: 64,4	1998: 4,3%	1998: 10.576
Westkasachstan	1997: 0,633	1998: 3,2 1990: 3,8	1997: 64,9	1998: 4,3%	1998: 8.318
Kyzylorda	1997: 0,710	1998: 2,8 1990: 4,3	1997: 64,3	1998: 4,7%	1998: 9.762
Atyrau	1997: 0,655	1998: 6,1 1990: 4,3	1997: 63,2	1998: 4,6%	1998: 14.244
Mangystau	1997: 0,743	1998: 3,5 1990: 3,2	1997: 63,7	1998: 7,8%	1998: 17.245
Osten und Zentrum					
Karaganda	1997: 0,743	1998: 4,2 1990: 4,3	1997: 62,0	1998: 1,8%	1998: 10.192
Pavlodar	1997: 0,686	1998: 3,2 1990: 3,9	1997: 64,2	1998: 6,1%	1998: 10.876
Ostkasachstan	1997: 0,684	1998: 3,9 1990: 4,1	1997: 62,8	1998: 4,8%	1998: 10.870
Norden					
Akmola	1997: 0,686	1998: 5,4 1990: 4,2 (o. Torgaj)	1997: 63,7	1998: 3,9%	1998: 6.448
Kostanaj	1997: 0,693	1998: 2,7 1990: 3,3 (o. Torgaj)	1997: 64,8	1998: 2,5%	1998: 8.377
Nordkasachstan	1997: 0,653	1998: 2,7 1990: 3,3	1997: 64,4	1998: 7,2%	1998: 7.413
Städte					
Astana	—	1998: 7,3 1990: —	—	1998: 2,1%	1998: 12.680
Almaty	—	1998: 9,2 1990: 10,6	1997: 65,8	1998: 1,8%	1998: 12.731

Quellen: Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike; UNDP 1998.

Sozioökonomische Faktoren als Konfliktursachen?

Inwiefern diese Entwicklungen ein ernsthaftes Konfliktpotential beinhalten, ist schwer einschätzbar. Laut UNDP³² ist die innenpolitische Sicherheit immer dann gefährdet, wenn folgende Faktoren zusammentreffen: Die Realeinkommen sinken. Große Bevölkerungsteile verarmen. Löhne, Gehälter und Renten sind niedrig und/oder werden unregelmäßig ausgezahlt. Eine hohe offene wie versteckte Arbeitslosigkeit herrscht vor. Die Kriminalität erhöht sich deutlich. Soziale Sicherungs- und Bildungssysteme erodieren. Von seiten der politischen Führung werden Versprechen von Wohlstand und Wachstum weder erfüllt noch Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung beachtet. Traditionelle Lebenswelten werden zerstört. Pessimismus und Apathie überwiegen.

Daß alle diese Momente die soziale wie interethnische Situation in Kasachstan belasten, steht außer Zweifel. Laut Angaben der UNDP³³ hat sich die gesamtgesellschaftliche Lage insbesondere zwischen 1991 und 1995 dramatisch verschlechtert, seit 1996 etwas stabilisiert. Dies deutet jedoch keineswegs auf eine Entspannung der sozialen Situation hin. Folgender Bericht einer verzweiferten Frau aus einer Kleinstadt im Gebiet Almaty zeigt vielmehr, daß die Handlungsbereitschaft in der Bevölkerung Ende der neunziger Jahre wieder steigt. "Viele Familien sind kurz vor dem Verhungern. In den Dörfern herrscht hohe Kriminalität. Fast jeden Tag kommt etwas abhanden. Es gibt keinen Hof mehr, von dem nicht Vieh gestohlen wurde. Früher trieb man es von den Weiden weg.³⁴ Jetzt aber bricht man auch dicke Türriegel auf und bringt das Vieh aus der Stadt. Es gibt kein Licht und keine Kohle. Soziale Unterstützung haben wir nicht. Diese Situation führt aber die einen zu Protest, die anderen zu Diebstahl, Raub und Verlust der Werte. Keiner der Machthabenden ist daran interessiert, dagegen einzuschreiten. (...) Die Machthabenden sollen aber nicht vergessen, daß die Geduld der Leute nicht unendlich ist."³⁵ Welche Formen des Protestes die Kasachstaner entwickelt haben, soll im folgenden Kapitel analysiert werden.

Sezessionistische Bestrebungen

Das kasachstanische Institut für Entwicklung untersuchte 1995 das Konflikt- und Eskalationspotential der einzelnen Regionen des Landes in sozial- und ethno politischer Hinsicht.³⁶ Als außerordentlich angespannt schätzte das Institut die Situation in den an Rußland angrenzenden Oblasti ein. Städte wie Ust'-Kamenogorsk hätten ein hohes ethnosoziales Konfliktpotential. In der Tat, in der ostkasachstanischen Stadt zeigten sich in den neunziger Jahren mehrfach sezessionistische Tendenzen.

³² UNDP, Republic of Kazakhstan. Human Development Report 1997, a.a.O., S. 43.

³³ Ebenda, S. 44.

³⁴ Bei den Kasachen gab es zu Nomadenzeiten das Institut der *barymta* (Stehlen des Viehs), das eine Umverteilung von Reichtum und Vermögen erlaubte.

³⁵ XXI Vek, 8. April 1999.

³⁶ Institute for Development of Kazakhstan (Hrsg.), Ethnopolitical Map of Kazakhstan, Almaty 1995.

Bereits 1991 hatte *Rodina* (Regional'noe obščestvo demokratičeskich internacional'nych associacij: Regionale Gesellschaft demokratischer internationaler Assoziationen) separatistische Parolen verbreitet. Die Bewegung wurde wenig später verboten. 1992 beschlossen die Stadtdeputierten, ein Referendum über eine territoriale Autonomie für Ust'-Kamenogorsk durchzuführen. Dies wurde jedoch von der kasachstanischen Regierung verhindert. Im Januar 1994 forderte die russische Bevölkerung von Ust'-Kamenogorsk, in Ostkasachstan eine territoriale Autonomie zu errichten, Russisch zur zweiten Staatssprache zu erklären und die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen.

Die secessionistischen Bestrebungen Anfang der neunziger Jahre waren im wesentlichen durch die forcierte "Kasachisierung" der von Russen dominierten Stadt hervorgerufen. Straßen und Gebäude wurden umbenannt, kasachische Kindergärten, Schulen und Hochschulen eröffnet und kasachische Festtage zelebriert. Auf Regierungs- und Verwaltungsebene erfolgte eine Neubesetzung der Schlüsselpositionen mit kasachischen Kadern. Ziel war, loyale Eliten in dem überwiegend von Russen bewohnten Gebiet zu installieren. Kasachisch wurde als offizielle Sprache eingeführt. Ian Bremmer³⁷ zufolge riefen diese Veränderungen unter den Russen, die damals 82% der Stadtbevölkerung stellten, Widerstand hervor. In ihren Augen versuchte das neue Verwaltungspersonal, das vielfach unqualifiziert und ortsunkundig war, übereilt und oftmals willkürlich Kasachisch als Amtssprache durchzusetzen.

Die Ust'-Kamenogorsker übten nicht nur Kritik an der "Kasachisierung" örtlicher Bürokratien, sondern protestierten auch gegen die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Anfang 1994 befand sich die kasachstanische Wirtschaft in einer schweren Krise. Das Pro-Kopf-Einkommen sank rapide. Die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten schwanden. Der in Ust'-Kamenogorsk dominante militärisch-industrielle Komplex brach zusammen. Die anhaltenden Diskussionen über die neue Verfassung Kasachstans verunsicherten die russische Bevölkerung. Befürchtungen über die Beschränkung kultureller, sprachlicher und bildungspolitischer Freiheiten wurden laut.

Provozierendes Moment im Falle von Ust'-Kamenogorsk war die mangelnde Bereitschaft der herrschenden Eliten, pluralistische Strukturen zu schaffen, die der dominant russischen Bevölkerung gerecht wurden. Anstatt aktiv die Integration aller Ethnien zu forcieren, bestätigte die Zentralregierung bestehende Ängste, die im Zuge der kasachstanischen Unabhängigkeit entstanden waren. Die Russen sahen sich ihrer seit Sowjetzeiten bestehenden Privilegien beraubt und einer fortschreitenden "Kasachisierung" ausgeliefert. Die postsowjetische Verteilung staatlicher Ressourcen und kollektiver Güter empfanden sie als ungerecht und unverhältnismäßig. Die Kasachen ihrerseits fürchteten aufgrund der separatistischen Tendenzen in Ust'-Kamenogorsk um den Bestand ihrer neugewonnenen Staatlichkeit. Sie schlossen eine rußländische Intervention als "worst case"-Szenario nicht aus.

³⁷ Bremmer, I., Nazarbaev and the north. State-building and ethnic relations in Kazakhstan, in: Ethnic and Racial Studies 1994, Vol. 17 No. 4, S. 621.

Die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung waren wesentlich mit der Erwartung staatlicher Problemlösung verknüpft. Die Kritik der russischen wie kasachischen Nationalisten richtete sich nicht explizit gegen die jeweils andere Ethnie, sondern gegen die Politik der Zentralregierung. Konfliktthemen waren die staatlicherseits vorgenommene Umverteilung ökonomischer Ressourcen, die Zuteilung politischer Rechte und die Respektierung kultureller Heterogenität. Die Sezessionsdrohungen dienten lediglich als Instrument, um von der Zentralregierung institutionelle Zugeständnisse zu erreichen und materielle Ressourcen zu erhalten. Infolge mangelnder staatlicher Handlungsbereitschaft entstanden ethnonationalistische Anspruchsbewegungen, die sich durch provokative Auftritte hervortaten.

Im November 1999 schien sich die Situation in Ust'-Kamenogorsk erneut zuzuspitzen.³⁸ 22 Personen, darunter 12 mit rußländischer Staatsbürgerschaft, wurden verhaftet. Zahlreiche Waffen wurden sichergestellt. Offiziell hieß es, erklärtes Ziel dieser Gruppe sei die Errichtung einer unabhängigen russischen Altaj-Republik gewesen. Die Regierungsvertreter auf kasachstanischer wie rußländischer Seite suchten den Vorfall herunterzuspielen. Die Verhafteten wären keine Separatisten, sondern schlichtweg gewaltbereite "Extremisten" gewesen. Eine Auslieferung der rußländischen Staatsbürger solle daher nicht erfolgen.

Mit diesem Vorfall haben die sezessionistischen Bestrebungen in Ust'-Kamenogorsk ein neues Eskalationsniveau erreicht. Der Versuch, separatistische Ziele mit brachialer Waffengewalt durchzusetzen, zeugt von der mangelnden Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, die in der Bevölkerung die Gewaltbereitschaft fördert. Der Vorfall zeigt aber auch, daß der Staat in schwindendem Maße in der Lage ist, die innere Sicherheit zu wahren. Er reagiert mit verstärkter polizeilicher Präsenz und intensivierter sicherheitspolitischer Zusammenarbeit. Wiederholt betonte Nursultan Nazarbaev die Notwendigkeit einer engen Kooperation mit China und Rußland, um "extremistischen" Kräften Einhalt zu gewähren.³⁹

Soziale Proteste in Kleinstädten

Mitte der neunziger Jahre hat sich nach Einschätzung der Experten des Instituts für Entwicklung die ethnosoziale Situation in Kasachstan nachhaltig verändert.⁴⁰ Im Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen stehen weniger Fragen des interethnischen Zusammenlebens als vielmehr des alltäglichen Überlebens, die für Spannungen innerhalb der Bevölkerung sorgen. Besonders engagiert ist die Bevölkerung in den Städten Kentau im Gebiet Südkasachstan und Žanatas im Gebiet Žambyl. Beide Städte sind typische "company towns", also Städte, deren Funktionsfähigkeit von dem Bestehen eines einzigen bzw. einiger weniger Großbetriebe abhängig ist.⁴¹ Die drastisch gesunkene Produktionsauslastung bzw. der komplette Stillstand der dort ansässigen Wirtschaftsunternehmen hatten gravierende Folgen für

³⁸ Itogi, 30. November 1999, S. 10.

³⁹ OMRI Daily Digest, Part I, 16. Dezember 1999.

⁴⁰ Šomanov, A./Tasmagambetov, I., Vzaïmosvjaz' političeskogo i social'nogo aspektov transformacii obščestva, in: Evrazijskoe soobščestvo 4/1997, S. 69f.

⁴¹ Ufer: Kasachstan 1997, a.a.O., S. 115.

beide nach dem stalinistischen Industrialisierungs- und Urbanisierungsmuster strukturierten Städte. Aufgrund zunehmender betrieblicher Verschuldung verzögerte sich die Auszahlung von Löhnen und Gehältern um Monate, ja teilweise um Jahre. Die Unternehmen sahen sich zu drastischen Maßnahmen wie Zwangsbeurlaubungen und Massenentlassungen gezwungen. Die freigesetzten Arbeitskräfte hatten kaum bzw. gar keine Beschäftigungsalternativen.

Gleichzeitig erodierte die einzelbetriebliche Synthese von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Großunternehmen stellten ihre Tätigkeit als Sozialversicherungsträger ein. Eigenständige Fonds für Kranken-, Sozial- und Rentenversicherungen fehlten. Die Stadtverwaltung sah sich außerstande, aufgelaufene Pensionsansprüche, Kinder- und Krankengelder sowie Arbeitslosenunterstützungen auszus zahlen. Grundlegende kommunale Dienstleistungen wie Heizung, Strom- und Wasserversorgung wurden eingestellt. Eine hohe Bevölkerungsfluktuation erfolgte. Einerseits drängten arbeitslose Landkasachen in die Stadt. Andererseits wanderten vorwiegend europäische, aber auch autochthone Ethnien ab.

In Kentau sank zwischen 1989 und 1999 die Bevölkerung von 63.800 auf 55.500. Gleichzeitig stieg der Anteil der Kasachen von 46,7% auf 65,0%.⁴² Weitaus dramatischer entwickelte sich die Situation im gleichen Zeitraum in dem nur 100 km entfernt liegenden Žanatas. Fernsehberichten zufolge sollen nur noch 17.000 in der ehemals 67.000 Einwohner zählenden "company town" leben.⁴³ Mehrere Stadtviertel sind ausgestorben. Ganze Straßenzüge bestehen nur noch aus leerstehenden Plattenbauten, deren bewegliches Interieur vollständig verschwunden ist.

Beide Städte befinden sich in Oblasti, die als ausgesprochene Krisengebiete gelten. Südkasachstan, in dem Kentau gelegen ist, gilt als das Gebiet mit der meisten Bevölkerung (1,9 Mio.), der höchsten Bevölkerungsdichte (17 Personen pro km) und dem größten natürlichen Bevölkerungswachstum in Kasachstan (8%). Es hat landesweit den zweithöchsten Anteil an Landbevölkerung (63%). Seine Bevölkerung bezieht das niedrigste Durchschnittseinkommen. Der Stand der Entwicklung ist nach UNDP-Angaben weit unter dem kasachstanischen Durchschnitt. Der Anteil der Russen ist verschwindend gering (unter 20%). Neben Kasachen leben Usbeken in dem Oblast'. Investitionen in verarbeitende Betriebe werden kaum getätigt. Vieh- und Landwirtschaft dominieren.

Die Protestbewegung in Südkasachstan nahm im Februar 1996 in Kentau ihren Anfang⁴⁴ und verschärfte sich im Herbst des darauffolgenden Jahres. Am 1. Oktober 1997 begannen ca. 300-400 Frauen sowie ca. 100-150 Kinder einen Protestmarsch. Ziel der Demonstrierenden aus Kentau war Almaty. Dort wollten sie Nursultan Nazarbaev eine Petition übergeben, in der sie die ausländische Fabrikleitung des Mißmanagements bezichtigten und die Auszahlung von über 70 Mio. Tenge (0,9 Mio. US-\$) Löhne verlangten.

⁴² Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Perepis' naselenija. Predvaritel'nye itogi perepisi naselenija 1999 goda, Almaty 1999, S. 7.

⁴³ Fernsehbericht 31. Kanal, 19. Oktober 1999.

⁴⁴ OMRI Daily Digest, Part I, 14. Februar 1996. Eine ausführliche Darstellung findet sich in: Kentau. Dos'e dokumentov i materialov, in: Acta Eurasica 1-2/1998, S. 236-265.

Der Zug wurde am gleichen Abend durch Truppen des Innenministeriums am Arys'-Turkestan-Kanal gestoppt, der kurz vor der Stadt Turkestan liegt. Von nun an bildete der Kanal die Demarkationslinie zwischen Protestierenden und staatlichen Einsatzkräften. Auf beiden Seiten des Ufers entstanden Zeltstädte. Anfang November 1997 wurde das Zeltlager gewaltsam aufgelöst und die Auszahlung der Löhne und Gehälter veranlaßt.

Unterstützung in materieller wie ideeller Hinsicht erhielten die über 800 Demonstranten von unterschiedlichsten Gruppierungen. Die *Unabhängigen Gewerkschaften Kasachstans* organisierten die Protestaktionen. Galym Abil'siitov, Peter Svoik und Murat Auezov von der Oppositionsbewegung *Azamat* (Staatsbürger) reisten persönlich zu den Streikenden an den Kanal. Die kasachisch-nationale Vereinigung *Azat* (Frei) besetzte gemeinsam mit der *Kommunistischen Partei* das Regierungsgebäude in Almaty. Arbeiter aus dem gesamten Land (Aktau, Balkaş, Žanatas) veranstalteten Sympathiekundgebungen, auf denen sie ebenfalls ihre ausstehenden Löhne und Gehälter einforderten. Die Bergarbeiter von Leninogorsk sammelten Essen und Geld für die Streikenden.

Daß sich die Situation in Südkasachstan auch nach Auflösung des Zeltlagers am Kanal nicht entspannt hatte, zeigten die zahlreichen sozialen Proteste in Kentau, Žanatas und Almaty in der Folgezeit.⁴⁵ Die bisher relativ friedlich verlaufenen Protestaktionen nahmen Anfang Februar 1998 gewalttätige Ausmaße an. Mehrere Hundert Arbeiter der Žanataser Chemiefabriken Fosforit und Karatau blockierten Mitte Februar in Taraz den Zugverkehr zwischen Šymkent und Almaty. Ihr Versuch, das Gebäude der Gebietsverwaltung zu stürmen, wurde durch massiven Einsatz der örtlichen Polizei verhindert. Nach drei Tagen setzte die Regierung der Blockade an der Tarazer Bahnstation gewaltsam ein Ende. Über tausend Polizisten und Spezialtruppen des Innenministeriums verfügten mit Knüppelinsatz den Abtransport der Streikenden nach Žanatas. Elf Personen wurden verhaftet, davon drei zu hohen Geldstrafen verurteilt.⁴⁶

Chronisch andauernde Mißstände, die durch die spezifische Krisensituation der "company towns" hervorgerufen wurden, haben die Kentauer und Žanataser Protestbewegung ins Leben gerufen. An den Streikaktionen beteiligte sich lediglich die südkasachstanische Stadtbevölkerung. Die Landbevölkerung zeigte kein Interesse, sich den Demonstrationen anzuschließen. Der Protest richtete sich im wesentlichen gegen die Privatisierungspolitik der Regierung Kažegel'din (Oktober 1994 - Oktober 1997). Nach Überzeugung des Gewerkschaftsführers Leonid Solomin⁴⁷ habe der damalige Premier den "Ausverkauf des Landes" betrieben. Ausländische Investoren hätten in vielen "company towns" marode Unternehmen übernommen. Oftmals wären sie unverantwortlich mit den ehemaligen Staatsbetrieben verfahren. Sie hätten kurzfristig lediglich eine Gewinnmaximierung, keineswegs eine Firmenkonsolidierung angestrebt. Meist hätten die kasachstanischen Behörden jedoch jedes ausländische Engagement durch zahlreiche bürokratische Hürden und finanzielle Auflagen behindert. Sie hätten

⁴⁵ OMRI Daily Digest, Part I, 19. Dezember 1997, 5. Februar 1998, 9. Februar 1998.

⁴⁶ OMRI Daily Digest, Part I, 20. Februar 1998.

⁴⁷ OMRI Daily Digest, Part I, 3. April 1997.

den ausländische Investoren keine Chance zu einer ernsthaften Re- und Umstrukturierung der ehemaligen Staatsbetriebe eingeräumt. Infolge dieser fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik seien in ganz Kasachstan "Geisterstädte" entstanden. Kentau und Žanatas seien die besten Beispiele.

Spannungen auf dem Land

Im Gegensatz zu den politisch-sozialen Problemen in den Kleinstädten Kentau und Žanatas provoziert der Niedergang der Landwirtschaft Probleme, die nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten für Konfliktpotential sorgen. Grundsätzlich stellt der Zustand des Agrarsektors in Kasachstan ein Politikum dar. Möglichkeiten und Chancen einer Agrarreform werden seit langem hitzig diskutiert. Mitte 1999 erwog die politische Führung wieder einmal, landwirtschaftliche Flächen zu privatisieren. Dieser Schritt war bereits des öfteren angedacht, jedoch immer wieder verworfen worden. Aufgrund massiver Proteste sah sich die Regierung auch diesmal gezwungen, ihre Pläne zurückzunehmen.⁴⁸ Prominente Politiker und Intellektuelle hatten nachhaltig darauf hingewiesen, daß angesichts der derzeitigen desolaten Lage keine gerechte Landverteilung möglich sei. Einige wenige, wohlhabende Bauern würden sich bereichern. Die verarmte Masse, insbesondere die Kasachen, hätte nicht die ausreichenden finanziellen Mittel, Land zu erwerben.⁴⁹

Der kasachstanische Wissenschaftler Žanbolat Murzalin⁵⁰ versucht zu begründen, warum die Landwirtschaft in Kasachstan trotz ihres gesunkenen Wirtschaftspotentials eine derartig wichtige Rolle einnimmt, ja geradezu eine "nationale Frage" darstellt. Den kasachischen Nomaden wäre es grundsätzlich fremd gewesen, Eigentum an Land zu erwerben und zu besitzen. Land sei seit jeher ein Kollektivgut gewesen. Vieh hingegen habe sich immer schon in privaten Händen befunden. Die Viehwirtschaft sei daher Inbegriff kasachischer Identität. Insofern sie über Jahrhunderte wesentlich zum Erhalt des kasachischen Volkes beigetragen habe, sei sie geradezu etwas "Heiliges". Die Pflanzenwirtschaft hingegen reflektiere die moderne kasachische Identität. Daß die Kasachen heute Ackerbau betreiben, sei wesentlich Resultat der Zwangsansiedlung der Nomaden und der forcierten Neulandgewinnung durch die Sowjets.

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Entwicklung in der Landwirtschaft für die Stabilität des Landes von großer Bedeutung. Der dramatische Rückgang des Viehbestandes mobilisiert insbesondere die Kasachen, die sich nun ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage beraubt sehen. Die Erinnerung an die Zeit ihrer Selbsthaftmachung wird wach. Ressentiments gegen die sowjetischen Kolonialherren steigen auf. Hingegen rufen die drastischen Produktionseinbrüche in der Pflanzenwirtschaft die überwiegend slawische Bevölkerung auf den Plan, die sich nicht mit ihrer marginalen Stellung abfinden will. Sie beschwört die guten alten, sowjetischen Zeiten. Beide Bevölkerungsteile neigen zur Radikalisierung. Die

⁴⁸ OMRI Daily Digest, Part I, 28. Juli 1999, 2. August 1999.

⁴⁹ Siehe: XXI Vek, 13. Mai 1999.

⁵⁰ Murzalin, Ž., Kazachstanskaja politika – skvoz' prizmu tradicij i innovacij, in: Evrazijskoe soobščestvo 2/1998, S. 42.

Rückbesinnung auf die "eigentümlichen" Traditionen der eigenen Ethnie ist maßgebliches Moment der Identitätsstiftung.

Die weitere Entwicklung des Agrarsektors ist somit von zentraler Bedeutung für die soziale Stabilität und den interethnischen Frieden auf dem Land, aber auch in der Stadt. Denn die schwierige Situation im Agrarsektor bedingt eine massive Landflucht. Der ländliche Arbeitsmarkt ist durch ein Überangebot an Arbeitskräften übersättigt. Darüber hinaus existieren auf dem Land defizitäre sanitäre, medizinische und schulische Einrichtungen sowie desaströse ökologische Zustände. Daher ziehen insbesondere junge Kasachen mit mittlerer Schulausbildung in die Stadt in der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz, ein höheres Einkommen sowie bessere Lebensperspektiven.

Daß die Landflucht bisher weder zur Entstehung großer Elendsviertel noch zum überproportionalen Anstieg der Kriminalität⁵¹ in den Städten geführt hat, ist, wie Saulesh Esenova⁵² herausstellt, hauptsächlich in der von den Kasachen gepflegten Migrantensubkultur begründet. Einzelne Personen vom Land erkunden über Handel auf den Bazars oder über städtische Verwandte und Bekannte die urbanen Strukturen sowie die vorhandenen Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese "Pioniere" dienen als Anlaufstation bzw. Brückenkopf für nachfolgende Stadtmigranten, die den "Pionieren" durch Loyalität und Dienstleistungen verpflichtet sind. Das Weiterbestehen von Abhängigkeits- und Verwandtschaftsbeziehungen bewahrt daher viele Neuankömmlinge vor klassischen Entwurzelungserscheinungen wie z.B. vor einem Absinken in das Drogen- und Rotlichtmilieu.

Daß trotz Netzbildung die kasachischen Stadtmigranten eine Problemgruppe darstellen, zeigt nicht nur ihr sozialer Protest gegen unzureichende Wohnbedingungen in Almaty in den Jahren 1991 und 1992⁵³, sondern auch ihre Selbst- und Fremdausgrenzung gegenüber der urbanen Bevölkerung.⁵⁴ Insofern sie auf der Beibehaltung ländlicher Traditionen und Werte bestehen und ihr "Kasachentum" in Sprache, Namengebung und Verhalten betonen, werden sie von "wahren" Städtern abgelehnt. Vielfach gelten sie als Schuldige für die "Ruralisierung" der Metropolen sowie für die allgemeine Verschlechterung des urbanen Klimas. Diese Ausgrenzung der Stadtmigranten beschleunigt ihre religiöse oder politische Radikalisierung. Eine Eskalation massiver Konflikte innerhalb der Stadt zwischen Stadtmigranten und "Eingesessenen" ist nicht ausgeschlossen.

⁵¹ Genaue Daten über die Kriminalität in den Städten liegen leider nicht mehr vor.

⁵² Esenova, S., "Tribalism" and identity in contemporary circumstances: the case of Kazakhstan, in: Central Asian Survey 1998, Vol. 17. No. 3, S. 450.

⁵³ Esenova, S., The outflow of minorities from the post-Soviet state: The case of Kazakhstan, in: Nationalities Papers 1996, Vol. 24 No. 4, S. 700.

⁵⁴ Siehe: Esenova, "Tribalism", a.a.O., S. 450; Masanov, Kazachskaja političeskaja i intellektual'naja élita, a.a.O., S. 60.

Formen der Selbstorganisation

Die lokalen Konfliktherde lassen jedoch nicht über das Faktum hinwegtäuschen, daß sich der überwiegende Teil der Bevölkerung apolitisch, apathisch und unkritisch verhält, sei es aus Angst vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen und interethnischen Konflikten, sei es aus Resignation gegenüber den machtpolitischen Verhältnissen.

Ein nicht zu unterschätzendes Moment sind die Formen der Selbstorganisation, die die Kasachstaner entwickelt haben, um angesichts defizitärer staatlicher Institutionen und rechtlicher Strukturen, mangelnder sozialer Absicherung und wirtschaftspolitischer Koordination ihre Existenz zu sichern sowie vertikale und horizontale Mobilität zu ermöglichen. Innerhalb der Ethnien bestehen jedoch, wie Jiger Janabel⁵⁵ dargestellt hat, erhebliche Diskrepanzen bezüglich der Ausgestaltung dieser sozialen Netzwerke. Während Kasachen soziale Bindungen vornehmlich auf vertikaler Ebene unterhalten, knüpfen Slawen ihre Beziehungen auf horizontaler Ebene.

Dieser Unterschied erklärt sich aus der Tatsache, daß bei den Kasachen verwandtschaftliche Beziehungen eine wichtigere Rolle spielen als bei den Slawen. Beispielsweise pflegen kasachische Stadtmigranten trotz ihres "städtischen" Status weiterhin enge Kontakte mit ihrem Heimatdorf. Waren und Dienstleistungen werden ausgetauscht. Der "Städter" liefert Güter, die nur in der Stadt erhältlich sind. Hierzu gehören Kleidung und Medizin. Die Verwandten auf dem Land bieten ihre Lebensmittel sowie ihre Arbeitskraft für Dienstleistungen an. Bei den Russen hingegen dominieren horizontale Verbindungen in der Privatsphäre. Im Gegensatz zu vielen Kasachen sind die Slawen in versorgungstechnischer Hinsicht autark, insofern sie die wichtigsten Grundnahrungsmittel auf ihren eigenen Datschen anbauen. Weitere Grundbedürfnisse befriedigen sie über ein weitmaschiges soziales Netzwerk, das sie in ihrer eigenen Nachbarschaft und Berufswelt aufgebaut haben. Nach dem "do ut des"-Prinzip werden Waren und Informationen ausgetauscht, Dienstleistungen vermittelt, Medikamente besorgt und Lebensmittel verteilt.

Diese Trennung zwischen Kasachen und Slawen hinsichtlich vertikaler und horizontaler Selbstorganisation ist laut Mara Seitova⁵⁶ derzeit in der Auflösung begriffen. Denn immer mehr Kasachen pflegen soziale Netzwerke auch auf horizontaler Ebene. Diese Beziehungen sind meist durch gemeinsamen Schul- oder Universitätsbesuch, beruflichen Kontakt oder langjährige Freundschaft entstanden. Gepflegt werden diese Beziehungen durch regelmäßige Einladungen, Austausch von Geschenken und Dienstleistungen. Die Kasachen tun dies jedoch nicht – und hier liegt der Unterschied zu den Slawen – in Erwartung einer Gegenleistung, sondern aus dem Gefühl der Verpflichtung gegenüber anderen heraus. Es gilt, Verantwortung zu übernehmen, Loyalität und Unterstützung zu erweisen.

⁵⁵ Janabel, J., When national ambition conflicts with reality. Studies on Kazakhstan's ethnic relations, in: Central Asian Survey 1996, Vol. 15 No. 1, S. 13.

⁵⁶ Interview mit Mara Seitova, Almaty, Oktober 1999; siehe auch: Werner, C., Household networks and the security of mutual indebtedness in rural Kazakhstan, in: Central Asian Survey 1998, Vol. 17 No. 4, S. 601.

Daß Kasachen wie Slawen ihr "Überleben" unterschiedlich organisieren, ist keineswegs als Konfliktgrund zu interpretieren, sondern vielmehr Ausdruck unterschiedlicher kultureller Traditionen. Die Bevölkerungsgruppen verbindet vielmehr die Tatsache, daß beide von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sowie von dem Rückzug des Staates aus wichtigen sozialpolitischen Bereichen betroffen sind. Kasachen wie Slawen leben am Rande des Existenzminimums. Kasachen wie Slawen erleben die soziale Polarisierung in ihrer eigenen Ethnie wie in der gesamten Bevölkerung. Vorläufig haben beide Bevölkerungsgruppen die gleichen Konsequenzen aus der wirtschaftlichen Lage gezogen und korrespondierende Formen des "Überlebens" entwickelt.

Konfliktpotentiale

Anfang der neunziger Jahre wiesen westliche Politologen ethnonationalistischen Bewegungen und Bestrebungen einen exponierten Standort beim Prozeß der postsowjetischen Staats- und Nationsbildung zu. Sie definierten Multiethnizität als primäre Konfliktursache und erklärten die Konkurrenz zwischen Russen und Kasachen zu einem außerordentlichen Problemfeld. Mitte der neunziger Jahre nahmen die innergesellschaftlichen Konflikte andere Formen an. Soziale Probleme traten in den Vordergrund. Fragen der interethnischen Beziehungen verloren an Relevanz.

Noch im August 1993 hielten 25,3% der Kasachstaner einen Konflikt zwischen den Ethnien für wahrscheinlich. Als weit größere gesellschaftliche Probleme betrachteten sie jedoch damals schon die Inflation (65,3%), die wachsende Kriminalisierung (53,3%) sowie das sinkende Lebensniveau (36,9%).⁵⁷ Im Dezember 1995 hatte sich das Stimmungsbild in der Bevölkerung deutlich gewandelt. Die interethnischen Beziehungen stellten kein nennenswertes Problem mehr dar. Dagegen gaben den Kasachstanern die Kriminalität und Korruption (70%), das niedrige Einkommen (64%) sowie der Niedergang der Moral (34%) Anlaß zur Besorgnis.⁵⁸

Sue Davis und Steven Sabol erklären diesen Perspektivwechsel mit der fortschreitenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten: "In der gegenwärtigen Krise sind alle ethnischen Gruppen potentielle Verlierer."⁵⁹ Die "Verlierer" sind ca. 90% der kasachstanischen Bevölkerung, die keineswegs eine homogene Masse, sondern ein in sich hoch komplexes Gebilde darstellen. Neben der Polarisierung in Arm und Reich existieren Konfliktlinien zwischen Stadt und Land sowie Alt und Jung. Diese Konfliktlinien werden überlagert von sub- und supraethnischen Differenzen, die aufgrund sprachlicher Barrieren und infolge verwandtschaftlicher Bezüge bestehen. Die Einbindung in bzw. Ausgrenzung von sozialen Netzwerken bedingt Spaltungen nicht nur innerhalb der Titularnation, sondern innerhalb der gesamten Gesellschaft. Diese "cross cutting cleavages" können in Zukunft zu sozialen Spannungen

⁵⁷ Ekspress, 10. August 1993.

⁵⁸ Panorama, 16. Dezember 1995.

⁵⁹ Davis, S./Sabol, St. O., The importance of being ethnic: Minorities in Post-Soviet States – The Case of Russians in Kazakhstan, in: Nationalities Papers 1998, Vol. 26 No. 3, S. 474.

führen, die als ethnonationalistische Konflikte eskalieren können, insofern soziale und ethnische Grenzen kongruent sind oder zumindest von der Bevölkerung als deckungsgleich wahrgenommen werden.

Nach der Meinung des kasachstanischen Wissenschaftlers Ravil' Ajtkaliev⁶⁰ ist eine Vielzahl von Konflikten denkbar. Erstens können sich die Proteste gegen die Regierung, ihre administrative Untätigkeit, ihre Korruption und mangelnde sozialpolitische Kompetenz zuspitzen. Es ist nicht auszuschließen, daß diese dann radikalere Formen annehmen als diejenigen sozialpolitischen Konflikte, die bereits in den urbanen, kasachisch dominierten Gebieten Südkasachstans eskaliert sind. Zweitens kann die interethnische Ressourcenkonkurrenz um Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten zu ethnosozialen Konflikten führen. Gewaltsame Konflikte gerade in den ländlichen Regionen im Süden Kasachstans, wo bereits jetzt Usbeken die Kasachen aus traditionellen Berufszweigen verdrängen, sind nicht auszuschließen. Drittens können sich zentrifugale Tendenzen verstärken. Kasachen im Westen könnten gegen den ihrer Ansicht nach ungerechten und einseitigen Länderfinanzausgleich opponieren. Russen im Norden könnten gegen die allgemeine wirtschaftliche Lage protestieren. Uiguren im Osten könnten für einen eigenen Staat Ostturkestan eintreten. Viertens können international agierende politische Terroristen und religiöse Extremisten das fragile innerstaatliche Gleichgewicht durch ihre Aktivitäten gefährden. Lokal könnten regelrechte Kleinkriege eskalieren, wie dies bereits im Sommer 1999 im benachbarten Kirgisien geschehen ist.⁶¹

⁶⁰ Ajtkaliev, R.A., Vzaimovlijanie potencial'nych social'nych i ètničeskich konfliktov, in: Kazachstan spektr 2/1999, S. 54f.

⁶¹ Halbach, U., Djihaad vom Kaukasus bis Mittelasien? "Islamische Rebellen" im Kaspischen Raum und die Politik Usbekistans. in: Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 33/1999, S. 1.

Marie-Carin von Gumpfenberg

Socio-Economic Developments in Kazakhstan

A Threat to the Young Nation-State?

Bericht des BIOst Nr. 26/2000

Summary

Introductory Observations

In the early 1990s internal problems in Kazakhstan were viewed chiefly through the prism of the so-called "Russian problem." Kazakhstan's ethnic and cultural heterogeneity made it tempting to over-simplify post-Soviet realities in the republic. When conflicts occurred they were often portrayed in a one-dimensional fashion, as if they had only one cause. Disputes about the official state language, citizenship and borders were regarded predominantly in terms of the "ethnic divide," while nationalist pronouncements and inter-ethnic conflicts were attributed mainly to the "Kazakhisation" taking place in the spheres of culture and personnel policy. Other important factors, like economic transformation and the social conditions of the population, were often ignored.

The present report seeks to take a broader view of the ethnic situation in Kazakhstan. Its chief focus is the major socio-economic changes which the population has had to face since the republic became independent. Like in other Central Asian republics, the education and health sectors in Kazakhstan are in a state of crisis. Social transfer payments, wages, salaries and pensions are paid only sporadically, if at all. The income divide between different regions and branches of the economy is increasing. Unemployment has become a mass phenomenon. The Kazakh state is losing its ability to maintain social cohesion and is no longer in a position to fulfil the population's wishes and hopes for prosperity and growth.

Against this background the report discusses what forms of social protest the people of Kazakhstan have engaged in to express their dissatisfaction with current conditions. Is there a general feeling of apathy, or are ethnic and nationalist ambitions gaining the upper hand? Is protest directed mainly against other ethnic groups or against the state? The answers to these questions provide a perspective for assessing the stability of the nation-state of Kazakhstan. It is not, however, intended to serve as a definitive judgement of the situation in internal politics. Rather it seeks to identify tendencies that may threaten the internal stability of the country. The following are possible conflict scenarios.

Findings

1. Within certain areas, such as the South Kazakhstan and Djambul Territories, there are major socio-economic differences between ethnic and social groups. Amid a deteriorating economic situation, resentment is growing towards the better-off members of society. This resentment is finding expression in nationally or socially motivated protests. The more privileged groups, who are mainly ethnic minorities, are being held responsible for the crisis. The result is attacks of various kinds.
2. There are major economic discrepancies between the Atyrau region, with its rich oil and gas reserves, and the predominantly agricultural region of East Kazakhstan. The two regions begin to compete for the allocation of state resources. Worse-off regions seek broad-ranging financial and material support. The better-off regions try to enhance their already privileged position and endeavour to achieve autonomy or secession. Centrifugal and separatist tendencies emerge.
3. The socio-economic situation is bad throughout Kazakhstan. Competition grows for resources and positions and for power and influence. Ethnic minorities and the weaker members of society (pensioners, children, single mothers etc.) are excluded from important areas of society. Sections of the population who feel discriminated against stage sporadic social protests and mass demonstrations. Isolated paramilitary groups are formed, who try to bring about change by means of force.